Enorme Belastungssituation

Seit der letzten *hlz* meldeten sich weitere GEW-Betriebsgruppen zur Corona-Politik des Senats. Exemplarisch veröffentlichen wir eine Stellungnahme von Kolleg_innen der Stadtteilschule Lohbrügge.

Die Betriebsgruppe der STS Lohbrügge dankt der Ida-Ehre-Betriebsgruppe für ihre Initiative einer Stellungnahme zum fragwürdigen Umgang der Hamburger Schul-Politik in der derzeitigen Situation. Herzlich gedankt sei auch der GEW, die uns eine Plattform hierfür bietet! Wir Lohbrügger unterschreiben jedes Wort der Stellungnahme von BG und Elternrat Ida-Ehre und Max-Brauer.

Sehr geehrter Herr Senator Rabe,

statt lange Briefe zu verfassen – Papier ist geduldig – handeln Sie endlich!

1. Machen Sie mit Ihren hochdotierten Stabsstellen jetzt umsetzbare Hybrid-Konzepte möglich, damit wir damit starten können, statt den Status Quo mit Worthülsen und wohlfeilen Lobeshymnen zu beschönigen. Zu echt gemeinter Wertschätzung gehört auch, sich anzuhören, wie es den eigenen Bediensteten wirklich geht.

2. Im Zuge einer Hybridlösung und angesichts einer enormen Belastungssituation für alle Beteiligten (Schüler_innen, Eltern, Lehrer_innen) müssen temporäre Anpassungen des Bildungsplans vorgenommen werden, um es für Schüler_innen schaffbar und für Lehrer_innen leistbar zu machen.

3. Eine temporäre Anpassung des Bildungsplanes muss aus unserer Sicht besonders dringend bei den Abschlussprüfungen bzw. -jahrgängen erfolgen! Die Schüler_innen haben z.T. Lücken durch Schulschließungen im Frühjahr, sind von Quarantäne und Hybridunterricht bzw. Fernunterricht betroffen. Dies hat starke Auswirkungen auf deren Lernstand, denn wie Sie selbst nicht müde werden zu sagen, Herr Senator, ist der Präsenzunterricht für den Lernerfolg der Schüler_innen dringend notwendig und quasi nicht ersetzbar. Es gilt, die fehlenden Lerninhalte nachzuholen, wodurch mit den eigentlichen Fachthemen erst verzögert gestartet werden kann. (...)

4. Zu einem umsetzbaren Hybrid-Konzept gehören für uns selbstverständlich die Ausstattung, Einrichtung und Wartung von Dienstgeräten für das pädagogische Personal.

5. Sie sprechen von „Verlässlichkeit“ – es läuft aber nichts mehr normal, verlässlich und planbar im wechselnden Quarantäne On-Off, besonders für Schüler_innen mit Förderbedarf. Schaffen Sie längerfristige, verlässliche Strukturen.

6. Im Sinne unserer Schüler_innen bitten wir hierum: Verkleinern Sie die Klassen, verringern Sie Schulbusgedränge. Viele sind besorgt um ihre Familienangehörigen und kommen mit Angst zur Schule. Einige Schüler_innen müssen private Corona-Todesfälle verarbeiten und werden am „sozialen Lernort Schule“ mit Maskenschiefträgern, vollen und kalten Klassenräumen konfrontiert.

7. Viele Dinge sind anders seit 9 Monaten*, aber in Schule soll alles zu 100 Prozent so laufen wie immer. Den Preis für nicht noch höhere Infektionszahlen an den Schulen zahlen die Lehrenden. Mit Maske zu unterrichten zehrt extrem an Stimme und

Weitere Stellungnahmen

- BG der Brüder-Grimm-Schule
- Kollegium der STS Am Hafen
- Personalversammlung der Anna-Warburg-Schule
- BG der Schule Weidemoor/Förderschwerpunkt geistige Entwicklung
- BG der STS Finkenwerder
- BG der Otto-Hahn-Schule mit Unterstützung von 100 Kolleg_innen
- BG der Schule Grützmühlenweg
- BG der Grundschule Islandstraße

Alle Stellungnahmen sind zu lesen unter:
www.gew-hamburg.de/themen/schule/gew-betriebsgruppen-melden-sich-zu-wort

Kraft. Unser Kollegium ist weitgehend erschöpft. Präsenzunterricht und nicht geregelte Quarantäne-Versorgung führen zu einer zunehmenden Entgrenzung von Arbeitszeit und Mehrarbeit.

8. Mit dem Einzug von Inklusion und nun der Digitalisierung muss die längst fällige Anpassung der AZV, welche seit 2003 gilt und nicht maßgeblich dem zeitlichen Umfang der neuen Aufgaben angepasst worden ist, dringend erfolgen. Die neuen Aufgaben, die derzeit von Kolleg_innen geleistet werden, sind in keinster Weise im AZV abgebildet.

9. Zu dem durch Corona massiv erschwerten Arbeitsalltag für das pädagogische Personal kommt außerdem eine unzureichende Kommunikationspolitik der Schulbehörde hinzu, welche weiter zur Unsicherheit und zu Bedenken der Beschäftigten beiträgt. Informationen über neue Maßnahmen zum Umgang mit Corona über Medien verbreiten zu lassen, ohne vorher die Schulen zu informieren, lässt an den Schulen keine Handlungssicherheit im Umgang mit Corona entstehen.

Wir fordern daher, dass die Schulen derart über Maßnahmen informiert werden, dass sie entsprechend Zeit haben, sowohl das pädagogische Personal als auch Eltern und Schüler_innen zuverlässig zu informieren und die entsprechenden Maßnahmen zuverlässig einzurichten.

GEW-BETRIEBSGRUPPE Stadtteilschule Lohbrügge
* verfasst am 13.12.2020

Digitale Begegnung

Auf Einladung der GEW trafen Journalisten und Vertrauensleute digital aufeinander

Das Interesse der Medien war groß. Unsere Vertrauensleute konnten glaubhaft darstellen, dass es nicht nur die Schüler_innen seien, sondern es sei auch das pädagogische Personal, das unter den Verhältnissen leide. Das vergleichsweise starke Echo ließ sich am nächsten Tag in den einschlägigen Medien bestaunen.

Der Vertreter der Gretel-Bergmann-Schule, Ole Waldmann, konnte überzeugend darstellen, warum man von dem ursprünglich an seiner Schule beschlossenen Plan, nur noch Dienst nach Vorschrift machen zu wollen, zum gegenwärtigen Zeitpunkt wieder abgerückt sei: dies hätte die ohnehin komplizierte Gemengelage in Zeiten der Pandemie noch verschlimmert. Er machte aber unmissverständlich klar, dass dies nur bis zum Sommer aufgeschoben sei, wenn sich nichts grundlegend an der Situation ändere. Mit grundlegend meinte er, endlich die Arbeitszeit der Lehrer_innen in Hamburg reduzieren werde. Er betonte damit die hiesigen Verhältnisse, weil in keinem anderen Bundesland soviel gearbeitet werde wie in Hamburg und das dank des einzigartigen Arbeitszeitmodells, das nicht ohne Grund sich kein anderes Bundesland traue zu übernehmen.

Die GEW-Vertreterin der Ida-Ehre-Stadtteilschule, Karen Ehlers, stimmte damit überein und konnte ebenfalls glaubhaft darstellen, dass das Leiden an den Verhältnissen nicht ursächlich mit der Pandemie zusammenhinge, sondern mit der Belastungssituation, die das Hamburger Arbeitszeitmodell mit sich bringe.

Die Vertrauenspersonen der Sonderschule Weidemoor, Regina Zimmermann und Dirk Pallas, nutzten die Gelegenheit, um auf die schwierigen Bedingungen unter Corona-Bedingungen an einer Schule mit geistig Behinderten aufmerksam zu machen. Ungeachtet der nun einmal besonderen Verhältnisse, denen man grundsätzlich an dieser Stelle ausgesetzt sei, gebe es eine Reihe von Möglichkeiten, um das Infektionsgeschehen zu reduzieren. Warum, so beklagten sich die Vertreter_innen, gebe es keine Transportmöglichkeiten, bei denen die Abstandsregeln eingehalten werden können? Warum würden nicht wie selbstverständlich für alle FFP2-Masken zur Verfügung gestellt?

In der sich anschließenden digitalen Zusammenkunft der Vertrauensleute ohne Medienvertreter_innen, insbesondere der Schulen, die in Resolutionen ihren Unmut gegen die Arbeitsbedingungen in Zeiten der Pandemie kundgetan haben (s. Dokumentation), zeigte sich der Unmut gleichermaßen. Vor allem die Geduld, sich mit diesen Verhältnissen abzufinden, schien aufgebraucht. Man war sich einig, dass man so schnell wie möglich zum analogen Unterricht zurückkehren wolle. Das heißt, sowie die Inzidenzwerte dies zuließen, müsse organisatorisch das Lernen in kleineren Gruppen wieder möglich sein. Das Schlüsselwort dazu: Hybridunterricht!

JOACHIM GEFFERS

Worauf warten wir?

Der Kampf gegen den stetig wachsenden Stress am Arbeitsplatz verlangt einen klaren Kompass und gemeinsames Handeln

Seit dem Ausbruch der Coronainfektionen in Hamburg hinken die BSB und ihr Senator hinter den notwendigsten Schutzmaßnahmen hinterher. Immer wieder sind es Gewerkschaften, Schulen, Verbände, Eltern, Schülervertretungen gewesen, die einfachste und nachhaltige Maßnahmen forderten. Während es schon im Frühjahr 2020 für viele Einrichtungen verpflichtend war, mit Mund-/Nasenschutz zu arbeiten, wurde in Hamburger Schulen dies erst für *alle* Beteiligten kurz vor Jahresende Pflicht.

Erst Anfang Dezember ließ der Senator verlautbaren, dass sich die Kolleg_innen die Masken verdient hätten. Immer wieder wies gerade die GEW darauf hin, dass in allen Schulen nachhaltigere Schutzmaßnahmen ergriffen werden müssten und schon vor der verstärkten Wiederausbreitung des Virus eine andere Unterrichtsform angemessen sei. Den Wechselunterricht wollte der Senator noch nicht einmal nach den Herbstferien, als bereits überall in Hamburg und im Bundesgebiet die Infektionszahlen explodierten. Erst die bundesweiten Beschlüsse machten der unverantwortlichen Politik des Senators („Schulen sind absolut sichere Orte“) ein deutliches Ende.

Wie geht es weiter?

Die veröffentlichten Stellungnahmen unseres Vorstandes und der GEW-Betriebsgruppen fordern klare Perspektiven für einen Unterricht, der den Gesundheitsschutz aller Beteiligten berücksichtigt. Alles gehört auf den Prüfstand. Ein „Weiter so“ soll es nicht geben! Aber wie setzen wir dies durch? Welche Mittel haben wir? Welche haben wir nicht ausgeschöpft? Welche Bündnispartner haben wir? Welche Forderungen haben wir konkret? Wann starten wir?

Seit Einführung der Arbeitszeitverordnung (AZVO) und der Selbstverantworteten Schule (SVS), seit Einführung der flächendeckenden Ganztagsbeschulung – sicher alles sinnvolle Maßnahmen – haben sich die Arbeitsbedingungen analog dazu verschlechtert. Allein die Einführung der SVS und der AZVO war mit Einsparungen von ca. 1000 Planstellen verbunden. Die damals neue Arbeitszeitverordnung wurde uns wie im Märchen als gleichwertig mit dem alten Pflichtstundenmodell angepriesen (keine Mehrarbeit, alles viel gerechter!). Verschiedenste Kommissionen und unabhängige Arbeitszeitstudien belegen schon seit Längerem genau das Gegenteil. Kontinuierliche Zuweisung zusätzlicher neuer Aufgaben bei gleichem Zeitbudget bedeutet: Hamburger Lehrkräfte aller Schulformen haben die höchsten Arbeitszeiten in Deutschland und in der EU! Unterrichtsansprüche, ständige Ergebnissicherungen, weitere Bürokratisierung der Schulen und neue Herausforderungen wie Ganztag, Inklusion und Digitalisierung kommen immer neu hinzu und sollen ohne adäquate Zeitzuweisung, ohne Mitsprache und Transparenz umgesetzt werden.

Diese sich kontinuierlich nach unten bewegende Spirale wird auch nach der Coronapandemie ihre Bewegung fortsetzen, denn welchen Grund hätten die BSB und der Senator von diesem Weg abzuweichen?

„Für unsere Schüler_innen arbeiten wir auch unter Pandemiebedingungen bis zum Anschlag“, so formulierte es eine Betriebsgruppe. Schon vor der Pandemie konnten wir wesentliche Verschlechterungen kaum verhindern oder abmildern. 1970, 1980 oder 2002 wäre es undenkbar gewesen, dass eine Lehrkraft 29 oder 30 Unterrichtstunden erteilt. Nach Einführung der AZVO aber schon. Wurde in den 1990er Jahren noch im Konsens überlegt und gefordert, dass die Betreuung und Entwicklung der Neuen Medien (inklusive des weiteren Ausbaus) mindestens mit einer halben Lehrer_innenplanstelle für eine durchschnittlich große Schule ausgestattet werden sollte, geben jetzt die durch viele Funktionen „überlasteten Funktionstöpfe“ der Schulen dies nicht her. Selbst Schulleitungen „finanzieren“ sich daraus. In keiner Behörde, in keiner Verwaltung werden Abteilungsleitungen oder Leitungsstellen aus der Arbeitszeit der übrigen Mitarbeiter_innen „finanziert“.

Fazit: Die BSB wird diesen Weg weitergehen. Sie wird in Hochglanzbroschüren die Erfolge weiter feiern. Es sind die Erfolge der Schulen unter schwierigsten Bedingungen! Es wird die Gesundheit vieler Kolleg_innen weiter gefährden, viele gehen weiterhin zur Abmilderung in Teilzeit und nicht wenige versuchen, sich pensionieren zu lassen.

Was ist zu tun?

Wir können diese Entwick-

lung nicht weiter hinnehmen. Die GEW muss zusammen mit allen Betriebsgruppen und GEW-Gremien eine mittelfristige und sicher auch langfristige Strategie entwickeln, die festlegt, wie der Prozess der immer weiter zunehmenden Arbeitsverdichtung und Arbeitszeit nachhaltig gestoppt werden kann. Nicht weniger müssen unsere bildungspolitischen Forderungen weiterentwickelt werden und gehören immer wieder auf den Prüfstand. Ein Ausbau z.B. des Ganztages ist nur dann auch gut („Guter Ganztag"), wenn die Personalausstattung und die Rahmenbedingungen stimmen. Immer wieder unterstützten wir („zum Wohle der Schüler_innen") Reformen, die letztendlich nur durch Überlast der Schulen und Arbeitsverdichtung scheinbar gelingen. Wir benötigen hier einen klaren Kompass und Verständigung, was wir unter welchen Bedingungen in den Schulen leisten wollen. Häufig haben wir uns daran gewöhnt, auch noch die nächste neue Aufgabe erst einmal anzunehmen in der Hoffnung, es werde dann noch nachgebessert werden. Deshalb benötigen wir eine klare Bilanzierung und dann auch Initiativen, Aktionen und Vorhaben, die die oben beschriebene Spirale in ihrer Entwicklungsrichtung zu bremsen und mittel- und langfristig umzukehren vermag. Dafür benötigen wir aber neben den schon längst vorhandenen Beschlüssen zur Reduzierung der Arbeitsbelastungen auch Mut zum Widerstand. Dass bedeutet dann auch, dass Dienstpflichtverletzungen, Warnstreiks und weitere Kampfmaßnahmen nicht mehr ausgeschlossen sind. Wenn Gespräche, Beschlüsse und Veranstaltungen nicht mehr ausreichen, dann ist es richtig, deutlichere Aktions- und Widerstandsformen zu wählen. Dazu wäre es natürlich wichtig, die Betriebsgruppen wie bisher zu unterstützen, eine Kampagne für Gesundheitsschutz zu entwickeln und konsequent die Reduzierung der Arbeitsbelastung einzufordern. Auf schulformbezogenen Veranstaltungen, auf denen Gremienbeschlüsse mit großer Beteiligung erfolgen, müssen Aktionsplanungen vorbereitet und abgestimmt werden, um schließlich zur Aktion zu kommen. Das ist Zukunftsmusik – aber worauf warten wir?

ULI HOCH

Mickriges Angebot trotz Systemrelevanz

Ob erweiterter oder eingeschränkter Notbetrieb in den Kitas – Behörde, Eltern und Betreiber bleiben in Verantwortung

Der Hamburger Senat hat nach der Beratung im Bund die Ausweitung der Corona-Schutzmaßnahmen bekannt gegeben, darunter der Beschluss, in den Kindertagesstätten ab dem 25. Januar 2021 nur noch einen erweiterten Notbetrieb anzubieten. Genauer: Der Hamburger Senat verfügt für 15 Arbeitstage bei einer 5-Tage-Woche den erweiterten Kita-Notbetrieb, um von ca. 50 Prozent Inanspruchnahme auf 10 bis 12 Prozent zu kommen. Anders betrachtet sollen zwischen 38 bis 40 Prozent weniger Kinder als bisher im eingeschränkten Regelbetrieb in die Kitas kommen.

Die Eltern dieser 34.000 bis 36.000 Kinder demonstrierten gegen die Verschärfung. Sie behaupten massive Benachteiligungen ihrer Kinder in der sozialen Entwicklung und verdrängen dabei, dass es nur gemeinsam gelingen kann, die Pandemie zu stoppen.

Zur Erinnerung: Nach dem ersten Lockdown mit einem sehr eingeschränkten Notbetrieb vom März bis zum 27.04.2020 durften ab den 27.04.20 auch wieder Alleinerziehende ihre Kinder, die sie nicht anders betreuen (lassen) konnten, in die Kitas bringen. Der Anteil der in der Kita betreuten Kinder stieg von ca. 3,6 Prozent auf ca. 12,0 Prozent (siehe hierzu Drucksache der Bürgerschaft Nr. 22/127 vom 30.04.20 „Kita-Notbetreuung in Zeiten der Corona-Krise").

2020 hat es geklappt, vom absoluten Lockdown zum Regelbetrieb im Sommer zurückzukehren. Das Elternbewusstsein, ihre Kinder vor Infektionen zu schützen, war vorhanden. Trotz der Anforderung an die Eltern, ihre Kinder 24 Stunden lang jeden Tag in der Woche allein zu betreuen, haben nur Eltern aus systemrelevanten Berufen die Kitas in Anspruch genommen. Mit dem dann erfolgten ersten Öffnungsschritt waren dies ca. 12 Prozent der Eltern.

Die erneute Umstellung auf den erweiterten Notbetrieb, be-